

24. IV. 1917

Die Verleumdungen unserer Feinde. Der Weg zu ihrer Bekämpfung.

Von Robert Schmöldez

Geh. Oberjustizrat und Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamm, zurzeit Major und Bahnhofskommandant in Hann.-Münden.

Mit ihren überall hindringenden Fäden ist es den Engländern in unermüdlicher Arbeit gelungen, uns allen Außenstehenden, auch den heute in Rußland herrschenden Kreisen, als ein Volk hinzustellen, das völlig verflaut und einem zum Kriege drängenden Militarismus blind ergeben ist, das in seiner slavischen Rohheit zu den schlimmsten Grausamkeiten neigt und keine Bedenken hat, aus Soldatenleichen Fett zu gewinnen, das vernichtet werden muß, wenn Freiheit, Ruhe und Kultur in diese Welt zurückkehren sollen.

Dann ist der englische Landsmann jenseit des Ozeans gekommen, hat in dasselbe Horn getutet, dabei aber heuchlerisch verkündet, die gemeinsamen Bestrebungen gingen gar nicht auf unsre Vernichtung, sie gingen auf unsre Befreiung und Hebung, der Kampf gelte nicht dem deutschen Volke, sondern der deutschen Regierung.

Damit sind überall gegen uns auch solche gewonnen, die dem Golde unserer Feinde nicht zugänglich waren. „Schon werden die schlimmsten Verleumdungen mit Wollust geglaubt. Schon verehrt sich alles gegen uns.“ (Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine im Berliner Tageblatt vom 8. v. M.) Mag nun der Op'ermut unsrer Truppen noch so bewunderungswert, mögen unsre militärischen Erfolge noch so groß sein, unsre Zukunft bleibt gefährdet.

Dem Heuchler jenseit des Ozeans ist bereits die deutsche Demokratie geschlossen mit den Worten entgegengetreten: Wir verbieten uns jeden Eingriff in unsre innern Verhältnisse. Die Antwort eines ihrer Führer, des Reichstagsabgeordneten Dr. Lensch, im Tag vom 15. April d. J., hat gelaute: „Wir wissen es, in diesem Krieg handelt es sich nicht um das Schicksal der Hohenzollern oder Wettiner, sondern um das Schicksal des gesamten deutschen Volkes, und der angebliche Freund deutscher Freiheit erreicht das Gegenteil des Gewollten, wenn er uns jetzt auch noch an den Hals springt und beim Durchbeißer der Schlagader erklärt, das täte er aus Liebe für das deutsche Volk.“

Indes diese Antwort genügt nicht. Bekämpft werden müssen auch die Verleumdungen, die Wilson und die Engländer in die Welt ausposaunt haben. Der Weg zu dieser Bekämpfung aber ist in folgendem gegeben: Über dem Gebiet der innern Politik hat ein Teil der deutschen Presse immer nur auf das noch nicht Erreichte, auf das noch zu Erstrebende hingewiesen, und dabei im Kampfesifer unsre Regierung anhaltend der herbsten Kritik unterzogen. Gerade dieser Teil der Presse hat im Aufstande eine große Verbreitung gefunden, ist dort vielfach mißverstanden worden und hat so unsern Feinden das Eindringen mit ihren Verleumdungen erleichtert. Da wäre es wohl pflichtgemäß, jedenfalls im höchsten Grade verdienstvoll, wenn diese Presse einmal den Blick rückwärts wenden und dabei hervorheben wollte, wie wir es doch eigentlich auch auf dem Gebiet der Volksrechte schon lange „so herrlich weit gebracht“ haben. Geschieht das mit derselben Einmütigkeit, mit der die Antwort an Wilson erfolgt ist, und unter Aufstellung fester, unbestreitbarer Tatsachen, so muß der Glaube an die Verleumdungen bei den Außenstehenden, auch bei den heute in Rußland herrschenden Kreisen, schwinden, so muß zerfallen die gegen uns geschaffene Hypnose. An festen unbestreitbaren Tatsachen kommt unter andern folgendes in Betracht:

1. Bei uns ist der letzte Rest heidnischer Sklaverei, die Gutsuntertänigkeit, früher gefallen als in vielen Nachbarstaaten. Schon in dem preussischen Edikt vom 9. Oktober 1809 ist gesagt: „Mit dem Martinitage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit auf. Nach dem Martinitage giebt es in Unseren Provinzen nur freie Leute, so wie solches auf den Domänen der Fall ist.“ In der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 heißt es: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.“

2. Bei uns ist die Kultusfreiheit schon von dem Großen Friedrich mit den Worten verkündet: „Seder kann nach seiner Façon selbig werden.“ In der Verfassungsurkunde heißt es: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist gewährleistet.“ Aus Zentrumsblättern ertönt allerdings noch vor dem Krieg vielfach Stimmen der Unzufriedenheit. Die wahre Lage aber hat der Zentrumsführer Justus Bachem gelegentlich, im Tag vom 29. August 1908, mit folgenden Worten dargelegt: „Es ist keine Renommisterei, wenn man sagt: Die Zustände des deutschen Katholizismus halten den Vergleich mit den Zuständen in verschiedenen katholischen Ländern nicht nur aus, die deutschen Katholiken haben auf verschiedenen Gebieten sogar manches vor den Katholiken anderer Länder voraus.“ Damit vergleiche man die, lange auch heute noch nicht zum Abschluß gekommene, Leidensgeschichte der katholischen Ir-länder in England.

3. Bei uns ist die körperliche Züchtigung als richterliches Straf- mittel durch Allerhöchsten Erlaß vom 6. Mai 1848 abgeschafft und als Disziplinarstrafe, auch aus den Zuchthäusern, seit langen Jahren verschwunden. Der Leiter unsrer Strafanstalten, der ver- storbene Geheimrat Krohne, hat schon vor Dezennien die Sätze aufgestellt: „Unser Hauptzweck ist, die Leute zu bessern“, „Wir verfolgen einen pädagogischen Zweck“, „Wir wollen erziehen“, und der Krohnesche Geist beherrscht noch heute alle Strafanstalten. Das deutsche Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870 hat dann auch die Strafe des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte auf eine kurze Reihe von Jahren eingeschränkt. In England schwingt man

noch heute die neunschwänzige Rake als richterliches und diszi- plinares Strafmittel. In Frankreich hat man noch heute die „peines afflictives et infamantes“ mit einer dauernden „Dégra- dation civique“.

4. Bei uns stehen an erster Stelle die direkten Steuern, in Frankreich die indirekten Steuern: „Nirgend“ — so bemerkt der Sozialdemokrat Dr. Lensch — „ist die Steuer-gesetzgebung so infam wie in Frankreich. Nirgend entspricht sie so den Wünschen und Bedürfnissen der Hochfinanz, steht sie in so trassem Gegensatz zu den Interessen der großen Masse.“

5. Deutschen Ursprungs ist, wie der Gedanke der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht, so auch der Gedanke des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Es ist bei uns zur Zeit der Freiheitskriege entstanden, und in den deutschen Gesetzen vom 12. April 1849 und 31. Mai 1869 verwirklicht. In Deutschland war die Ver- wirklichung auch von Anfang an ein durchgreifende. In Frankreich werden noch heute — mit Hilfe der ständigen Wählerlisten, des Er- fordernisses einer langen Ortsangehörigkeit und der tatsächlichen Machtbefugnisse der Präfekten — alle diejenigen ausgeschlossen, die keinen seit längerer Zeit fest begründeten Wohnsitz haben. In England wählt noch heute — auf Grund einer Unterscheidung zwischen Familienhäuptern und denen, die als Sohn beim Vater oder als Arbeitnehmer beim Arbeitgeber wohnen und einer weitem Unterscheidung zwischen denen, die einen Mietzins von über und unter 10 Pfund Sterling zahlen — nur etwa die Hälfte der Arbeiter. Bei uns ist das allgemeine gleiche Wahlrecht dann auch zu einem Bollwerk der Volksrechte geworden. In andern Ländern hat es der Duperung der Massen gedient. Mit ihm hat in Frankreich Napoleon III. seinen Staatsstreich, in Amerika Wilson jetzt gegen uns einen Krieg gerechtfertigt, der einzig und allein dem Interesse des Großkapitals dient. Wir haben unser durchgreifendes allgemeines, gleiches Wahlrecht schon vor dem Krieg auf die Reichslande und auf viele Einzelstaaten ausgedehnt. Dem preussischen Klassenwahlrecht haben wir schon vor dem Krieg durch die Gesetze vom 24. Juni 1891 und 29. Juni 1893, das Rückgrat gebrochen. In England hat man noch im Juni 1912 eine Bill verworfen, die dem Wahlrecht der Arbeiter eine etwas weitere Ausdehnung geben wollte.

6. Endlos ist die Reihe dessen, was wir zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen getan haben: Die Schuldhaft ist am 22. Juli 1867 gefallen. Angereicht haben sich weitgehende Be- stimmungen über die Gegenstände und Dienstbezüge, die der Pfändung nicht unterliegen. Angereicht hat sich weiter die Re- gelung der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit und die Regelung der Sonntagsruhe. Dazu ist getreten die Fürsorge für die in der Arbeit krank, invalide oder altersschwach Gewordenen sowie für die Witwen und Waisen der Arbeiter. Von dieser gewaltigen sozialen Gesetzgebung hat man rings um uns herum noch gar nichts oder nur armselige Nachahmungen. Das deutsche Staatswesen ist auf sozialer, das französische auf plutokratischer, das englische auf aristokratischer Grundlage aufgebaut.

7. Dann aber unser Militarismus: Er ist aufgebaut auf den deutschen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht, der eng verknüpft ist mit den deutschen Gedanken der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen gleichen Wahlrechts und besteht in einem Volksheer, das alle Schichten gleichmäßig ergreift. Mit einem solchen Heer führt man aber nur Freiheits- und Verteidigungskriege, keine Eroberungs- und leichtfertigen Kriege, wie sie uns zur Last gelegt werden, keine „Kriege die“ — so drückte sich der Heuchler Wilson aus — „beschlossen werden, wie sie in allen unglücklichen Zeiten beschlossen worden sind.“ Es liegt auf der Hand: zu den Kriegen der alten Zeiten bedarf es der alten Heere, der Söldnerheere, „die keine Beziehungen zu den Volksmassen haben, bei denen der Krieg die Nation in ihrer Breite kaum berührt, von den obern Schichten aber als die herrliche Gelegenheit zur Profitmacherei angesehen wird.“ An diesen Heeren aber hat Frankreich bis zum Jahre 1871, England bis in diesen Krieg hinein festgehalten. Daher war auch möglich in Frankreich das mexikanische Abenteuer, in England der Burenkrieg. Der Umstand, daß England jetzt auch zum deutschen Militarismus übergegangen ist, ist eine der besten Garantien für die Dauer des demnächstigen Friedens.

In den Jahren 1881 bis 1913 haben die Ausgaben für Heer und Flotte insgesamt in Deutschland nur 29,2, in Frankreich 31,3, in England 35,4 Milliarden Mark betragen. In denselben Jahren berechnet sich der Prozentsatz, der von dem gesamten Staatsauf- wand auf Rüstungszwecke gefallen ist, in Deutschland auf zwischen 34,7 und 36,7, in Frankreich auf zwischen 39,4 und 51,8, in England, auch ohne Berücksichtigung des Jahres 1901, in das der Burenkrieg gefallen ist, auf zwischen 53,2 und 58,3.

Über die Eroberungsmut unserer Feinde und Verleumder und über die Ursache dieses Krieges äußert sich der klarsehende deutsche Sozial- demokrat Dr. Lensch in seinem lezenswerten Buch über die Sozial- demokratie, erschienen bei Hirtzel, Leipzig, 1916, dahin: „In den letzten drei bis vier Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hat die englische Bourgeoisie ihr Weltreich von rund 15 auf 30 Millionen Quadratkilometer erhöht. Je mehr sich dann ihr Gegensatz gegen Deutschland zuspitzte, desto mehr traten ihre Gegensätze gegen andre Mächte zurück, bis sie schließlich mit Frankreich und Rußland jenes große Weltverteilungsmonopol bildete, dessen Zweck war, die noch übriggebliebenen Teile der Welt möglichst rasch zu verteilen und so den gefährlichen Gegner weltpolitisch auszuhungern. Diese rück- sichtslose, immer eiliger und zuletzt ins Gigantische sich steigende Eroberungspolitik haben die drei verbündeten Weltmächte in der Tat bis an die Schwelle des Weltkrieges fortgeführt, mit dem Er-

gebnis, daß schließlich England ein Fünftel, Rußland ein Sechstel, Frankreich ein Zwölftel der festen Erdoberfläche besaß. Der Anteil Deutschlands betrug ein Vierzigstel. Darauf fielen die drei über- Deutschland her, bezichtigten es räuberischer Eroberungspläne und erklärten, im Namen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker das deutsche Volk niederzuschlagen zu müssen.